Diktatur des Arbeiterrats.

Infolge der Demission der Regierung hat der Arbeiterrat von Budapest die Regierungsgewalt über-nommen und einen interimistischen revolutionären Regierungsrat gebildet, dessen Mitglieder den Titel Kommissare führen. Das Präsidium übernimmt Graf. Die Regierung hat über Budapest und über das ganze Land das Standrecht verhängt.

Die Verbindung zwischen Wien und Budapest ist gebrochen. Sonnabend morgen ist aber in Wien Funkspruch der neuen ungarischen Regierung aufgegangen worden. Dieser richtet einen Aufruf an die Arbeiter der Entente, den Feldzug gegen den Kapitalismus aufzunehmen und wendet sich gleichzeitig an die Arbeiter Deutsch-Oesterreichs und Deutschlands, das Beispiel zu folgen, die Räte-Republik zu erklären und mit den Waffen den Kampf gegen den Kapitalismus aufzunehmen.

Was man in Deutschland sagt.

Die Entente hat Ungarn systematisch durch politische und wirtschaftliche Anordnung zur Verzweiflung getrieben. Die Demarkationslinie ist von ihr immer wieder von neuem vorgeschoben und reicht über der letzten Festsetzung bis nahe an Budapest heran. Gleichzeitig hat man dem Lande durch die Sperrung der Donauflotille die wichtigste Lebensader unterbunden. Man wird mit einem Uebergreifen der bolschewistischen Welle, die jetzt Ungarn überflutet, auf den ganzen Balkan rechnen müssen. Dadurch würden dem Ententeeinfluß wichtige Gebiete verloren werden. Auch mit einem Uebergreifen der Bewegung auf Polen ist zu rechnen.

„Aufruf an alle!"

Die ungarländische Sozialistenpartei und der revolutionäre Regierungsrat veröffentlichen einen Aufruf, in dem es heißt: Das Proletariat Ungarns hat mit dem heutigen Tage alle Macht in seine Hand. Die Arbeiterschaft ist nicht geneigt, ihr Haupt auch nur hin unter das Joch der Großkapitalisten und Großgrundbesitzer zu beugen. Das Land kann von der Hölle des Zusammenbruchs nur durch Schaffung des Sozialismus und des Kommunismus errettet werden. Auch außenpolitisch steht die ungarische Revolution vor der vollen Katastrophe. Durch den Beschluß der Pariser Konferenz, nahezu das ganze Gebiet Ungarns militärisch zu besetzen, wird die Versorgung des revolutionären Ungarns vollends unmöglich. In dieser Lage bleibt der ungarischen Regierung als einziges Mittel die

Diktatur des Proletariats.

Der Regierungsrat organisiert eine mächtige Proletarmee, die die Diktatur der Arbeiterschaft und Bauernschaft gegenüber den ungarischen Kapitalisten und Großgrundbesitzern wie gegenüber den rumänischen Banden und der tschechischen Bourgeoisie zur Geltung bringt. Er erklärt seine volle Solidarität mit der russischen Sowjetregierung und

den Proletariern Rußlands ein Waffenbündnis

anbietet. Er fordert die Arbeiterschaft Englands, Frankreichs, Italiens und Amerikas auf, nicht weiter den verbrecherischen Feldzug ihrer kapitalistischen Regierungen gegen die ungarische Räterepublik zu dulden.

Die Arbeiter Deutsch-Oesterreichs und Deutschlands fordert er auf, dem Beispiele der ungarischen Arbeiter zu folgen, mit Paris endgültig zu brechen und mit Moskau zu verbünden, die Räterepublik zu proklamieren und

mit den Waffen in der Hand

den imperialistischen Eroberern Trotz zu bieten. Die ungarländische Sozialistenpartei und der revolutionäre Regierungsrat sind sich der Schwierigkeiten und Opfer einer Beschreitung dieses Weges bewußt, aber sie wissen, **Krieg führen zur Befreiung der Lebensmittelbergwerke**, sie müssen den Kampf ausfechten für die Freiheit der ungarischen Proletarier und für die Zukunft der eigenen Existenz.

Der erste Tag der neuen Regierung.

Vormittags herrschte in Budapest vollkommene Ruhe und Ordnung. Die Straßen zeigten lebhaftes Leben, da die meisten Betriebe feierten. Allenthalben sah man Plakate mit der Aufschrift: „Es lebe die Proletarierregierung!" Andere Plakate fordern zur Ruhe und Arbeit auf. Zahlreiche Geschäfte und Banken sind gesperrt.

Die Ordnung wird von Militär und Volkswehr aufrechterhalten. Der revolutionäre Regierungsrat hat im Laufe des Vormittags eine Verordnung, in der das Waffenverbot ausgesprochen wird und die Androhung dieser Verordnung mit 5jähriger Zuchthauscrafe und 50 000 Kronen Geldstrafe bestraft wird. Aus allen Teilen des Landes laufen Telegramme ein, nach denen überall die größte Ordnung und Ruhe herrscht. Am Sonntag nachmittag soll eine große öffentliche Versammlung der ungarländischen sozialistischen Partei stattfinden.

Streikfieber im Ausland.

Verschärfung des Konflikts in England.

Die englischen Eisenbahner haben den Vorschlag der Regierung abgelehnt.

Der Lordsiegelbewahrer Bonar Law erklärte im Unterhause u. a.:

Die Regierung habe ihre Entschlossenheit gezeigt, bis zu den äußersten Grenzen des Möglichen zu gehen, um den gestellten Forderungen gerecht zu werden, und wenn der Streik trotzdem komme, so würde er kein gewöhnlicher Streik von Lohnarbeitern gegen ihre Arbeitgeber sein, sondern ein Streik gegen den Staat. Wenn ein solcher Streik käme, würde der Regierung nichts anderes übrig bleiben, als ganz ohne das geringste Zögern alle Mittel des Staates zur Anwendung zu bringen, um ihn rasch zu ersticken. Dies sei keine Drohung, keine Regierung könne anders handeln.

Radikalismus in Italien.

Die Krise im italienischen Sozialismus nimmt eine ernste Wendung, da die radikalen Elemente die Oberhand gewonnen haben. Dem „Avanti" zufolge nahm die Leitung der italienischen sozialistischen Partei eine Tagesordnung an, in der der Austritt der Partei aus dem Internationalen sozialistischen Bureau (der alten Brüsseler Internationalen) und der Beitritt zu der revolutionären sozialistischen Internationale auf Grund der Prinzipien der kommunistischen russischen Bolschewiki beschlossen wurde.

Die Friedensverhandlungen.

Aus Paris wird gemeldet: Oberst House gab seiner Meinung Ausdruck, daß der Friedensvertrag einschließlich des Völkerbundes am 29. März fertiggestellt sein werde und daß die deutschen Delegierten innerhalb drei Wochen in Versailles anwesend sein würden.

Die Welt hat Frieden nötig.

Lloyd George erklärte britischen Journalisten gegenüber, daß wenn der industrielle Zustand in England keinen unerwarteten Verlauf nehme, er in Paris bleiben wolle, um einen möglichst raschen Frieden zu erzielen. Die ganze Welt habe den Frieden nötig, und bevor dieser zustande gekommen sei, werde die Ruhe in der industriellen Welt nicht zurückkehren. Jede Verzögerung des Friedens und seine Rückkehr nach England würde eine Verzögerung bedeuten, würde die industriellen Unruhen nur fortdauern lassen. Das sei auch die Auffassung seiner Kollegen im Rat.

Die feindlichen Forderungen.

Reuter meldet aus Paris: Mit Bezug auf die Kriegsverwüstungen wird an maßgebender Stelle bekannt, daß noch keine Uebereinkunft erzielt worden ist, mit Ausnahme von zwei Punkten, nämlich: 1. daß Deutschland alles bezahlen muß, was es kann, und 2. daß Deutschland nicht in der Lage ist, alles zu bezahlen. Die Fachleute sind verschiedener Ansicht über die Frage, wieviel Deutschland zu zahlen in der Lage ist, und die Friedenskonferenz kann die Angelegenheit nicht erledigen, bevor die Experten zu einer Uebereinstimmung gekommen sind. Sobald eine Uebereinstimmung hierüber erzielt ist, wird ein weiteres schwieriges Problem zu lösen sein, nämlich wie der ausgeworfene Betrag überwiesen werden soll.

Es darf nicht vergessen werden, daß eine wesentliche Gefahr besteht, daß Deutschland diese Lösung nicht akzeptiert, wofür ja auch einige seiner Führer plädieren. Dies ist ein Weg, welcher, trotzdem er außer Zweifel Deutschland in Schwierigkeiten versetzen würde, auch für die Alliierten sehr unangenehm werden müßte. Die Frage, wann die Entschädigung gezahlt werden kann, ist von untergeordneter Bedeutung. Einige Fachleute sprechen von 30 Jahren, andere von 50. In der Frage, ob Deutschland eine befriedigende Entschädigung zu zahlen imstande ist, sind die britischen Delegierten optimistischer als die Franzosen und Amerikaner. Alle sind sich darüber einig, daß dies nur von einem aufblühenden Deutschland geschehen kann.

Deutschland vor der Entscheidung.

Uebereinstimmung im Kabinett.

Unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten hat das Kabinett am Sonnabend über die Aufgaben der Friedensdelegation eingehend beraten. Nach sorgfältiger Prüfung der in Frage kommenden Probleme ist unter allen Anwesenden vollkommene Uebereinstimmung betreffend diese für das deutsche Volk entscheidenden Grundfragen erzielt worden.

Der Stand der Polenfrage.

Nationale Parität.

Einer der Hauptpunkte in den jetzt abgebrochenen Verhandlungen mit der interalliierten Warschauer Kommission war die Frage der Gleichstellung von Deutschen und Polen in privaten und öffentlichen Angelegenheiten. Deutscherseits bestand völlige Bereitschaft, diese Gleichstellung anzuerkennen. Die Entente hatte die Absicht, die Durchführung dieses Grundsatzes durch gemischte Kommissionen überwachen zu lassen, welche noch dazu nicht einmal völlig paritätisch besetzt werden sollten. Dies ist der eigentliche und innere Grund, weshalb die Verhandlungen gescheitert sind.

Die preußische Regierung konnte einen solchen Eingriff in ihre Befugnisse, welcher die Absicht, die völkische Gerechtigkeit zu sichern, in ihr Gegenteil verkehrt haben würde, nicht hinnehmen. Sie steht aber nach wie vor auf dem Standpunkte, der polnisch sprechenden Bevölkerung volle Gerechtigkeit widerfahren zu lassen und hat zwecks wirkungsvoller Durchführung dieses Standpunktes beschlossen, von sich aus erhöhte Garantien für die Gleichberechtigung der beiden Nationalitäten zu schaffen. Die Regierung wird deshalb den Regierungspräsidenten gemischte Kommissionen zuordnen, welche den Behörden bei Abgabe von Entscheidungen über angeblich unterschiedliche Behandlung der Nationalitäten zur Seite stehen soll.

Die Regierung erwartet, daß, nachdem alle Bestimmungen, die von den polnisch sprechenden Staatsangehörigen als gegen sie gerichtete Ausnahmevorschriften betrachtet wurden, unterschiedslos beseitigt sind, dieses erneute Bekenntnis zur nationalen Parität bei allen billig Denkenden gebührend gewürdigt wird, und infolgedessen die Polen sich der Verpflichtung nicht weiter entziehen können, gegenüber den Deutschstämmigen in ihrem Machtbereich die gleiche Gerechtigkeit zu üben.

Westpreußen droht mit Widerstand.

Nach weiteren Protesttelegrammen aus Westpreußen, die fortgesetzt in großer Zahl bei der deutschen Friedensdelegation einlaufen, ist die dortige deutsche Bevölkerung entschlossen, im Fall einer Einverleibung in Polen, bewaffneten Widerstand zu leisten.

Entgegenkommen der Alliierten.

Wie das Reutersche Bureau aus Paris erfährt, haben sowohl die deutsche, wie die interalliierten Kommissionen sich an Erzberger gewandt mit dem Ersuchen, jetzt, nach Abbruch der Verhandlungen eine neutrale Persönlichkeit vorzuschlagen, die der Kommission für Polen beitreten solle, um die Streitigkeiten zwischen Deutschen und Polen zu schlichten.

Das künftige Groß-Polen.

Der „Temps" meldet, daß der Ausschuß zur Festsetzung der Grenzen zwischen Preußen und Polen auf Lloyd Georges Verlangen die Frage abermals geprüft habe, aber zu demselben Ergebnis gekommen sei. Der polnische Staat werde 25 Millionen Einwohner haben, darunter drei Millionen Deutsche. Die meisten davon in dem Gebiet von Marienwerder und Rosenberg (Westpreußen), auf welches Lloyd George als stark von Deutschen bewohnt hingewiesen habe. Es könne aber nicht von Polen getrennt werden, da die Eisenbahnen Warschau—Ostsee hindurchführten. Im Besitze dieser Gebiete würde Preußen den Durchgangsverkehr auf der Weichsel völlig unterbinden können.

Die Entente hat die Warnung des englischen Premiers vor der Schaffung einer deutschen Irredenta in den Wind geschlagen. Wenn die Informationen des „Temps" zutreffen sollten, dann wäre mit diesem Beschluß der Alliierten unsere Stellung zu den Friedensbedingungen bereits festgelegt, die im Interesse eines dauerhaften Friedens nur eine glatte Verweigerung der Unterschrift sein könnte.

Lieber tot als polnisch!

„Vertreter aller Berufsstände Danzigs sind zu allerschärfster Abwehr der ihrer urdeutschen Stadt drohenden Gefahr einer Auslieferung an Polen entschlossen und erheben schärfsten Einspruch gegen jede Lostrennung von Preußen und vom deutschen Vaterlande. Wir fordern auf Grund des Selbstbestimmungsrechts: Das deutsche Danzig muß beim deutschen Reiche bleiben."

„Lieber tot als polnisch! Zu bewaffnetem Widerstande gegen Westpreußens Einverleibung in das Polenreich entschlossen."

„Wir werden unsere Zugehörigkeit zur deutschen Heimat bis zum letzten Blutstropfen verteidigen."

„Wir verlangen deutsch zu bleiben und sehen über Westpreußen den Bürgerkrieg entflammen, wenn es zum Polenreich geschlagen werden sollte."

Eine Flut von Telegrammen dieses und ähnlichen Inhalts geht täglich aus den von den Polen beanspruchten deutschen Landesteilen, insbesondere aus Westpreußen, beim Auswärtigen Amt ein.

Die Telegramme zeigen, daß die Erregung in den betreffenden Gebieten aufs höchste gestiegen ist.

Zwischen Krieg und Frieden.

Lemberg von den Polen erobert.

Nach fünftägigem Kampfe drangen die zum Entsatz der Stadt Lemberg herbeigeeilten polnischen Truppen in Lemberg ein, schlugen die Ukrainer in die Flucht und erbeuteten zahlreiche Gefangene, Kanonen und Kriegsmaterial.

Italien droht der Entente.

Die italienische Abordnung beschloß einstimmig, von der Friedenskonferenz zurückzutreten, falls Fiume Italien nicht gleichzeitig mit dem Friedensschluß zugewiesen würde.

„Corriere della Sera" verlangt nachdrücklichst, daß Italien auf der Pariser Konferenz gegen die Bildung eines Donaustaates und für die Vereinigung Deutsch-Oesterreichs mit Deutschland eintrete. Die öffentliche Meinung in Italien verlange diesbezüglich eine unzweideutige Erklärung Orlandos.

Aufruhr in Aegypten.

Bei einem Zusammenstoß eines Panzerautomobils mit Demonstranten in Kairo wurden 13 Demonstranten getötet und 27 verwundet. Am 14. März wurde in Alexandrien die Menge durch Militär auseinandergetrieben. Es kam nicht zu Ausschreitungen. Wie gemeldet wird, haben auch in der Provinz Kundgebungen stattgefunden. Teilweise verliefen diese friedlich, zum Teil mußte Militär einschreiten. (Sagt Reuter.)

„Reuter" meldet: Die letzten Nachrichten aus Aegypten zeigen, daß die Lage sich verschlechtert hat und jetzt zweifellos ernst ist. Eine Anzahl bewaffneter Beduinen ist von Westen her in Unterägypten eingedrungen und begeht dort Plünderungen. In einigen Dörfern weht die türkische Fahne. Die Lage wird nicht als bedrohlich im militärischen Sinne erachtet, sagt „Reuter", und man glaubt, daß man ihrer bald Herr werden wird.

Oesterreich blockadefrei.

Das österreichische Staatsamt für Aeußeres erhielt von der italienischen Waffenstillstandskommission die Mitteilung, daß die in Paris vereinigten Mächte einstimmig die Aufhebung der Blockade über das ehemalige Oesterreich-Ungarn beschlossen haben.

Die praktische Tragweite der Aufhebung der Blockade kann augenblicklich, da genauere Mitteilungen noch nicht vorliegen, nicht beurteilt werden, doch dürfte sich daraus jedenfalls ergeben, daß Waren, die nicht als Kriegskonterbande betrachtet werden, aus neutralen Staaten bezogen werden können, und daß den Schiffen neutraler Staaten das Anlaufen der adriatischen Häfen gestattet ist.

Die Lausitz bleibt deutsch.

Der Pariser Berichterstatter des Prager „Pecer"

SLUB
Wir führen Wissen.